

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Schluss mit tödlichen Lebensmittelskandalen: Jetzt Konsequenzen aus dem Fall Wilke ziehen! (Drs. 18/4306)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lebensmittelüberwachung in Bayern - endlich effektive Strukturen schaffen! (Drs. 18/4345)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Rosi Steinberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lebensmittelkontrolle ist Ländersache, und in unserem Antrag beziehen wir uns auf den Freistaat Bayern. Wir fragen uns: Was hat sich eigentlich seit dem Bayern-Ei-Skandal hier getan? – Vieles von dem, was wir im Untersuchungsausschuss kritisiert haben, ist leider heute noch aktuell. Denn eines ist klar: Nach dem Skandal ist vor dem Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden auch nicht nachlassen, hier in Bayern Verbesserungen zu fordern. Es ist natürlich ein Märchen, zu glauben, dass es in Zukunft keine Skandale mehr geben wird; schließlich kann nicht hinter jedem Lebensmittelhersteller täglich ein Kontrolleur stehen. Das wollen wir auch gar nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber wir sollten die Schwachstellen beseitigen, die uns schon jetzt bekannt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Beispiel gibt es bei den Kreisverwaltungsbehörden immer noch zu wenig Personal. Wie lange wollen Sie die Überlastungsanzeigen der Landräte und Landrätinnen noch ignorieren? Wie lange müssen wir denn noch auf die Personalbedarfsanalyse warten, die der Oberste Rechnungshof schon vor dreieinhalb Jahren angemahnt hat? – Ich vermute aber, Sie ahnen, was dabei herauskommt, nämlich ein deutliches Defizit. Dann können Sie nicht weiter den Kopf in den Sand stecken. Zumindest einmal hat das Ministerium schon reagiert. Als Reaktion auf den Untersuchungsausschuss wurde die

Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, kurz KBLV, ins Leben gerufen. Sie ist für Großbetriebe zuständig, was absolut sinnvoll ist – leider nicht für alle Großbetriebe. Diese Behörde hatte von Anfang an einen Geburtsfehler, es gab sie nämlich nur an zwei Standorten: in Kulmbach und in Erding. Nun kommen aus aktuellem Anlass, siehe Bad Grönenbach, zwei Standorte dazu. Ich bin gespannt, wann es endlich sieben Standorte sein werden, einer für jeden Regierungsbezirk. Das war von Anfang an unsere Forderung, und das wäre dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines fällt schon auf: Die großen Skandale entstehen so gut wie immer in Großbetrieben, so auch beim aktuellen Fall Wilke. Wenn hier etwas passiert, ist schnelles Handeln gefragt; schließlich sind Hunderte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Abnehmern betroffen. Die erste Meldung, die Bayern betrifft, muss des-halb sofort zu einer umfassenden Reaktion führen: Wie sehen die Lieferketten aus, wo sind die Zwischenhändler, wo die Endabnehmer? Das herauszufinden und die Öffentlichkeit rechtzeitig zu warnen, ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erfahrungsgemäß ist viel Personal dafür nötig, um so schnell wie möglich alle gefährlichen Produkte aus dem Handel zu nehmen. Nach unserer Vorstellung soll eine Taskforce am LGL eingerichtet werden, um die Behörden vor Ort besser zu unterstützen. Das wäre bester Verbraucherschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. Beim Antrag der SPD werden wir uns enthalten. Denn alle Verantwortung der KBLV aufzubürden, ohne sie besser auszustatten, halten wir für schwierig.

(Beifall bei den GRÜNEN)